

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 14. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/014/2020)

am Mittwoch, 2. Dezember 2020,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:45 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Annekatriin Klepsch

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger
Andrea Mühle
Dr. Anja Osiander
Robert Schlick

CDU-Fraktion

Manuela Graul
Steffen Kaden
Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel
Leo Lentz

Fraktion Alternative für Deutschland

Harald Gilke
Heiko Müller
Christian Pinkert

Fraktion Freie Wähler Dresden

Susanne Dagen

Stellvertretende Mitglieder

Magnus Hecht
Kristin Sturm

Vertretung für Herrn Christopher Colditz
Vertretung für Herrn Vincent Drews

Abwesend:

Fraktion DIE LINKE.

Christopher Colditz

SPD-Fraktion

Vincent Drews

FDP-Fraktion

Robert Malorny

Gäste:

Herr Seifert

ADFC e. V.

Herr Fröb

ADFC e. V.

Schriftführer/-in:

Frau Richter

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G**öffentlich**

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 1 | e-Petition "Radweg am Terrassenufer" | P0034/20
beschließend |
| 2 | e-Petition "Wiedereröffnung der Fabrikstraße für den Rad- und Fußverkehr"/Petition "Schließung Fabrikstraße und Hofmühlenstraße" | P0046/20
beschließend |
| 3 | e-Petition "Öffentliche Luftpumpen für Dresden" | P0044/20
beschließend |
| 4 | e-Petition "Autofreie innere historische Altstadt für Anwohner und Touristenverkehr" | P0043/20
beschließend |
| 5 | e-Petition: Zukunft jetzt - für einen termingerechten Neubau des Gymnasiums Dresden Linkselbisch Ost (LEO) 2024 | P0042/20
beschließend |
| 6 | e-Petition "Leave Fernsehturm behind, not Moria!" | P0045/20
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|------------|--|--|
| 7 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung | |
| 7.1 | e-Petition „Das neue Ostravorwerk: Bürgernah oder identitätsstiftend oder wieder nur Investoren streicheln?“ | P0047/20
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 8 | Posteingang - Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur Kenntnis | |
| 9 | Sonstiges | |

öffentlich

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch eröffnet mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit mit 15 anwesenden Mitgliedern die Sitzung. Des Weiteren stellt sie die form- und fristgemäße Ladung fest.

Im Zusammenhang mit der neuen Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung weist Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch auf die Erweiterung der Hausordnung zum Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung auch während der Sitzung hin, mit Ausnahme während eines eigenen Redebeitrages. Frau Stadträtin Graul habe ein ärztliches Attest vorgelegt, wonach sie davon befreit sei.

Herr Stadtrat Gilke informiert, dass er sein ärztliches Attest bereits dem Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten vorgelegt habe.

Angesichts der aktuellen Situation regt **Frau Stadträtin Sturm** an, in der Debatte auf Statements zu verzichten und sich auf inhaltliche Fragen zu konzentrieren, um die Sitzung kurz zu halten.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch nimmt die Bitte auf und dankt für die schriftliche Ausreichung von Beschlussvorschlägen, was zur Straffung der Beratung beitrage.

Zur Tagesordnung stellt sie Einvernehmen fest.

1 e-Petition "Radweg am Terrassenufer"**P0034/20
beschließend**

Frau Stadträtin Bischoffberger übernimmt die Einbringung des Beschlussvorschlages:

„Der Oberbürgermeister wird zu folgenden Prüfungen beauftragt:

- Prüfung zugunsten der Verkehrssicherheit, ob der Schutzstreifen 50 cm breiter als ERA-Regelmaß eingerichtet werden kann (also 2,0 m statt 1,5 m jeweils zzgl. Pendelrinne, bei einer Restfahrbahngasse von ca. 5,0 m zzgl. Pendelrinne)
- Prüfung zugunsten der Verkehrssicherheit, ob eine besondere Gefahrenlage sich nicht schon aus dem intensiven Dampfer-Fahrgastwechsels und dem fehlenden, nach Richtlinien eigentlich notwendigem Radweg Richtung Landtag und der erwarteten hohen Radverkehrsstärke auf dem Gehweg ergibt, und ob deshalb eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h angeordnet werden kann
- Prüfung zugunsten der Verkehrssicherheit, ob auf eine Leitlinie in der Fahrbahnmitte verzichtet werden kann, damit Kraftfahrzeugführer*innen nicht dazu verleitet werden, Radfahrer*innen knapp zu überholen

Die Ergebnisse mögen dem Petitionsausschuss im Januar 2021 vorgestellt werden.“

Stadtrat* Leo Lentz beantragt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages:

„• Prüfung, ob auf dem elbseitigen Rad-/Fußweg ein getrennter Rad- und Fußweg eingerichtet werden kann“

Frau Stadträtin Bischoffberger übernimmt diese Ergänzung und beantragt gleichzeitig die Vertagung der Petition auf die nächste Sitzung.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bringt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung sowie die Prüfaufträge zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Petition.

Der Oberbürgermeister wird zu folgenden Prüfungen beauftragt:

- Prüfung zugunsten der Verkehrssicherheit, ob der Schutzstreifen 50 cm breiter als ERA-Regelmaß eingerichtet werden kann (also 2,0 m statt 1,5 m jeweils zzgl. Pendelrinne, bei einer Restfahrbahngasse von ca. 5,0 m zzgl. Pendelrinne)
- Prüfung zugunsten der Verkehrssicherheit, ob eine besondere Gefahrenlage sich nicht schon aus dem intensiven Dampfer-Fahrgastwechsels und dem fehlenden, nach Richtlinien eigentlich notwendigem Radweg Richtung Landtag und der erwarteten hohen Radverkehrsstärke auf dem Gehweg ergibt, und ob deshalb eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h angeordnet werden kann.
- Prüfung zugunsten der Verkehrssicherheit, ob auf eine Leitlinie in der Fahrbahnmitte verzichtet werden kann, damit Kraftfahrzeugführer*innen nicht dazu verleitet werden, Radfahrer*innen knapp zu überholen
- Prüfung, ob auf dem elbseitigen Rad-/Fußweg ein getrennter Rad- und Fußweg eingerichtet werden kann

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung im Januar 2021 vorzustellen.

Zuständigkeit: Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Termin: Sitzung am 13. Januar 2020

Abstimmungsergebnis: Vertagung Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

2	e-Petition "Wiedereröffnung der Fabrikstraße für den Rad- und Fußverkehr"/Petition "Schließung Fabrikstraße und Hofmühlenstraße"	P0046/20 beschließend
----------	---	----------------------------------

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch weist auf die noch ausstehende Verwaltungsstellungnahme hin.

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt die Vertagung der Petition und Durchführung einer Anhörung in der nächsten Ausschusssitzung mit Vertretern der DREWAG, dem Straßen- und Tiefbauamt/Verkehrsbehörde, dem Stadtplanungsamt/Radverkehrsplanung sowie dem Petenten ADFC e. V.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung und Durchführung einer Anhörung mit den genannten Vertretern in der nächsten Sitzung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Petition.

In der nächsten Sitzung wird eine Anhörung mit Vertretern der DREWAG, der Straßenverkehrsbehörde des Straßen- und Tiefbauamtes, der Radverkehrsplanung des Stadtplanungsamtes sowie dem ADFC e. V. als Petenten durchgeführt.

Termin: Sitzung am 13. Januar 2020

Abstimmungsergebnis: Vertagung Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

**3 e-Petition "Öffentliche Luftpumpen für Dresden" P0044/20
beschließend**

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch weist auf hier auf die noch ausstehende Verwaltungslungnahme hin.

Frau Stadträtin Bischoffberger bringt den ausgereichten Beschlussvorschlag ein, der in Zusammenarbeit mit dem ADFC e. V. und anderen Experten auf dem Gebiet entstanden sei:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- Luftpumpen in Form von fest verankerten klassischen Standpumpen im öffentlichen Raum in Dresden zu installieren,
- eine Regelung zur regelmäßigen Wartung der Luftpumpen, z.B. in Form einer Kopplung an die Kontrolle der öffentlichen Fahrradabstellanlagen, zu treffen,
- die Luftpumpen mindestens an den folgenden Standorten ab 2020 zu installieren:
 - an allen vorhandenen Mobilitätspunkten (Mobi-Punkten) Nachrüstung im Jahr 2021,
 - bei Neubau von neu entstehenden Mobilitätspunkten (Mobi-Punkten),
 - an Bahnhöfen und zentralen Knotenpunkten von Straßenbahn und Bus in Zusammenhang mit größeren Fahrradabstellplätzen,
 - an Betriebsstätten der Landeshauptstadt Dresden mit mehr als 400 Mitarbeitern,
 - an größeren Schulen (z.B. mit mehr als 400 Schüler*innen)

- an der TU Dresden
- die Standorte der Luftpumpen zu veröffentlichen
 - im Themenstadtplan
 - im Zusammenhang mit der Information zu Mobi-Punkten
- ein Verfahren zu entwickeln, dass die Genehmigung des Aufstellens von Luftpumpen oder Schlauchautomaten im öffentlichen Raum durch Vermieter oder Gewerbetreibende unkompliziert ermöglicht.

Die Maßnahmen können z. B. finanziert werden über die Position im Haushalt: Ti. 50118 (Radwege an Gemeindestraßen).“

Herr Stadtrat Kaden findet die vorgeschlagene Finanzierung aus dem Haushalt schwierig. Bei einer Abwägung zwischen Radwegen und Luftpumpen wäre er eher für die Finanzierung von Radwegen. Der Radfahrende könne eine Luftpumpe selbst mitführen.

Er regt an, die Betreiber von Abstellgelegenheiten/Mobilitätspunkten zu motivieren, für die Nutzer solche Angebote zu schaffen. Er sieht es nicht als Aufgabe der Landeshauptstadt Dresden, um die sie sich unmittelbar kümmern müsse, auch wenn das Anliegen interessant erscheinen mag. Er spricht für die Investition in Radwege.

Herr Stadtrat Pinkert spricht ebenso dagegen, nur eine bestimmte Klientel zu bedienen. Wenn man das weiterdenke, gehöre an die Skateranlage Werkzeug zum Rollenwechseln oder auf den Parkplatz ebenso Werkzeug zur Autoreparatur. Theoretisch habe ein Radfahrer die Luftpumpe mitzuführen oder sei bereit, sein Fahrrad zu schieben.

Die Finanzierung von Luftpumpen zulasten des Budgets von Radwegen findet nicht seine Zustimmung.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch unterbreitet den Vorschlag, zu dem vorgelegten Antrag eine Verwaltungsstellungnahme einzuholen.

Frau Stadträtin Wagner unterstützt den Vorschlag. Gleichzeitig solle die Verwaltung eine Übersicht (zahlenmäßig als auch standortbezogen) mitliefern, wo es solche Standorte bereits gebe.

Herr Stadtrat Gilke spricht gegen eine Vertagung der Entscheidung über die Petition. Die Petition sei aus seiner Sicht entscheidungsfähig.

Frau Stadträtin Bischoffberger übernimmt den Vorschlag, zu dem ausgereichten Antrag, die Verwaltungsstellungnahme einzuholen.

Herr Stadtrat Pinkert ergänzt, dass eine flächendeckende Abdeckung mit Luftpumpen angestrebt werden müsse, um nicht nur das Stadtzentrum zu bedienen, sondern alle Dresdner Stadtteile. Die Verwaltung sollte die Kosten dafür offenlegen. Er beantragt das.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt die Anträge punktweise zur Abstimmung:

1) Antrag von Frau Stadträtin Bischoffberger:

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Petition.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu folgendem Beschlussvorschlag Stellung zu nehmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- *Luftpumpen in Form von fest verankerten klassischen Standpumpen im öffentlichen Raum in Dresden zu installieren,*
- *eine Regelung zur regelmäßigen Wartung der Luftpumpen, z.B. in Form einer Kopplung an die Kontrolle der öffentlichen Fahrradabstellanlagen, zu treffen,*
- *die Luftpumpen mindestens an den folgenden Standorten ab 2020 zu installieren:*
 - *an allen vorhandenen Mobilitätspunkten (Mobi-Punkten) Nachrüstung im Jahr 2021,*
 - *bei Neubau von neu entstehenden Mobilitätspunkten (Mobi-Punkten),*
 - *an Bahnhöfen und zentralen Knotenpunkten von Straßenbahn und Bus in Zusammenhang mit größeren Fahrradabstellplätzen,*
 - *an Betriebsstätten der Landeshauptstadt Dresden mit mehr als 400 Mitarbeitern,*
 - *an größeren Schulen (z.B. mit mehr als 400 Schüler*innen)*
 - *an der TU Dresden*
- *die Standorte der Luftpumpen zu veröffentlichen*
 - *im Themenstadtplan*
 - *im Zusammenhang mit der Information zu Mobi-Punkten*
- *ein Verfahren zu entwickeln, dass die Genehmigung des Aufstellens von Luftpumpen oder Schlauchautomaten im öffentlichen Raum durch Vermieter oder Gewerbetreibende unkompliziert ermöglicht.*

Die Maßnahmen können z. B. finanziert werden über die Position im Haushalt: Ti. 50118 (Radwege an Gemeindestraßen).“

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 / Nein 2 / Enthaltung 0

Zustimmung

2) Antrag von Frau Stadträtin Wagner:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung eine Übersicht (zahlenmäßig als auch standortbezogen) vorzulegen, wo es bereits Standorte von öffentlichen Luftpumpen gibt.

Abstimmungsergebnis: Ja 15 / Nein 0 / Enthaltung 0 Zustimmung

3) Antrag von Herrn Stadtrat Pinkert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzulegen, welche Kosten für eine flächendeckende Abdeckung des gesamten Stadtgebietes mit öffentlichen Luftpumpen aufgewendet werden müssten.

Abstimmungsergebnis: Ja 3 / Nein 12 / Enthaltung 0 Ablehnung

Zuständig: Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Termin: Sitzung am 13. Januar 2020

4 e-Petition "Autofreie innere historische Altstadt für Anwohner und Touristenverkehr" P0043/20 beschließend

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch macht darauf aufmerksam, dass auch hier die Stellungnahme des zuständigen Geschäftsbereiches noch ausstehe.

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt die Vertagung und Verweisung der Petition in den Stadtbezirksbeirat Altstadt. Nach Vorliegen der Stellungnahme des Stadtbezirksbeirates solle die Petition im Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung wieder aufgerufen werden.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bringt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Petition und verweist sie zur Stellungnahme an den Stadtbezirksbeirat Altstadt.

Nach Vorliegen der Stellungnahme ruft der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung die Petition erneut auf.

Abstimmungsergebnis: Vertagung mit Verweisung Ja 12 Nein 3 Enthaltung 0

**5 e-Petition: Zukunft jetzt - für einen termingerechten Neubau des
Gymnasiums Dresden Linkselbisch Ost (LEO) 2024**

**P0042/20
beschließend**

Herr Stadtrat Kaden reflektiert den Inhalt der Petition. In der Verwaltungsstellungnahme würden die wesentlichen Aspekte der Petition beantwortet. Die Antwort sei für den Petenten vollständig zufriedenstellend. Die Verwaltung verfolge dasselbe Ziel wie der Petent.

Er schlägt vor, dem Petenten mitzuteilen, dass der Petition abgeholfen werden könne, und die Verwaltungsstellungnahme beizufügen.

Frau Stadträtin Dr. Osiander teilt diese Einschätzung. Es habe vorangehend bereits Petitionen gegeben, die sich eher kritisch auf den Schulneubau bezogen haben. Deswegen habe der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zustimmend zur Kenntnis genommen, dass der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften vorgeschlagen habe, mit diesen kritischen Petenten eine Begehung vor Ort durchzuführen. Das sei am 21. Juli 2020 geschehen. Sie habe an diesem Termin teilgenommen. Dabei seien auch die Petenten dieser Petition anwesend gewesen. Das seien im Wesentlichen Eltern der neuen Schule gewesen. Die Fragen dieser Petenten seien beantwortet worden. Sie haben signalisieren wollen, dass es auch Interessenten für eine schnelle Fertigstellung der Schule gebe.

Sie beantragt, dass ergänzend zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung das Protokoll dieser Begehung beigelegt werde, da dort die strittigen Fragen im Detail erörtert worden seien.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch wendet ein, dass es sich um ein verwaltungsinternes Protokoll handle, welches nur der Teilnehmerkreis des jeweiligen Termins bekomme. Dies sei ein Unterschied zu Unterlagen, die auch nicht betroffene Dritte öffentlich abrufen könnten.

Daraufhin zieht **Frau Stadträtin Dr. Osiander** ihren Antrag zurück.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Beschlussvorschlag von Herrn Kaden zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Petition kann abgeholfen werden, da die Verwaltung die gleichen Ziele wie der Petent verfolgt. Der Inhalt der Verwaltungsstellungnahme wird der Antwort als Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

6 e-Petition "Leave Fernsehturm behind, not Moria!"**P0045/20
beschließend**

Frau Richter berichtet, dass zwar eine Stellungnahme der Verwaltung vorliege, diese aber zum Themengebiet der Flüchtlingsaufnahme keine Aussage treffe. Deshalb sei eine weitere Stellungnahme vom Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen angefordert worden, die aber noch nicht vorliege.

Frau Stadträtin Mühle beantragt daraufhin die Vertagung, um die Stellungnahme abzuwarten.

Herr Stadtrat Gilke spricht dagegen. Die Petition sei entscheidungsreif. Ihr könne nicht abgeholfen werden. Das habe mehrere Gründe: Die Flüchtlingspolitik sei nicht Sache der Landeshauptstadt Dresden, sondern der Bundesrepublik Deutschland. Insofern sei die Zuständigkeit nicht gegeben. Darüber hinaus vertrete die griechische Regierung bezüglich Moria einen klaren Standpunkt. Sie wolle nicht, dass Flüchtlinge herausgeholt werden. Hintergrund sei, dass man kein Exempel statuieren wolle, dass das Anzünden erfolgreich sei, um ein Ticket in die EU zu bekommen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt fest, dass der Antrag auf Vertagung weitergehend sei. Sie stellt ihn zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung vertagt die Petition bis zum Vorliegen der Stellungnahme des Geschäftsbereiches Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen.

Abstimmungsergebnis: Vertagung Ja 8 Nein 7 Enthaltung 0

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Annekatriin Klepsch
Vorsitzende

Manuela Richter
Schriftführerin

Dr. Anja Osiander
Stadträtin

Steffen Kaden
Stadtrat